

Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor einer Woche ist der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl gestorben. Seine Bedeutung für Deutschland und Europa ist in den Medien so ausführlich gewürdigt worden, dass es nicht notwendig ist, an dieser Stelle noch einmal darauf einzugehen. Die beste Würdigung des Lebens und der Leistung von Helmut Kohl wäre es zu versuchen, sein Vermächtnis zu erkennen und zu fragen, was für die Zukunft wichtig ist, und dann zu versuchen dieses durch eigenes Engagement im eigenen Leben zu realisieren. Außerplanmäßig bin ich in dieser Woche ans Redner-

pult getreten. Am Freitag bin ich in der Aussprache zum 15. Kinder- und Jugendbericht sowie zum siebten Bericht zur Lage der älteren Generation für meine erkrankte Fraktionskollegin Astrid Timmermann-Fechter eingesprungen. Ich habe darauf hingewiesen, dass Junge und Alte zusammenhalten müssen. Die komplette Rede finden Sie auf der nächsten Seite.

Bereits am Donnerstag haben wir zusammen mit unserem Koalitionspartner SPD sowie mit Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur besseren Hilfe für Kinder psychisch kranker Eltern verabschiedet. Schätzungsweise drei bis vier Millionen Kinder wachsen mit einem vorüberge-

hend unter dauerhaft psychisch erkrankten Elternteil auf. Weitere 2,6 Millionen Kinder leben in suchtbelasteten Familien. Kinder psychisch kranker Eltern weisen statistisch gesehen eine drei- bis vierfach höhere Disposition für psychische Erkrankungen auf. Eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe wird nun Vorschläge zur Verbesserung der Situation dieser Kinder erarbeiten.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre.

Ihr

Philippinisches Gastkonzert in Frankfurt (Oder)

Die Mitglieder des philippinischen Universitätschors, der auf meine Einladung nach Frankfurt (Oder) gekommen war, stärken sich vor ihrem Auftritt in der Heilig-Kreuz-Kirche.



Die Jungen und die Alten müssen fest zusammenhalten

Rede zum 15. Kinder- und Jugendbericht sowie zum 7. Bericht zur Lage der älteren Generation am 23.6.2017

In Vertretung meiner erkrankten Fraktionskollegen Astrid Timmermann-Fechter habe ich am Freitag (23.6.2017) zum 15. Kinder- und Jugendbericht sowie zum 7. Bericht zur Lage der älteren Generation gesprochen. Von meinem Lebensalter her kann ich ja auf ein gewisses Maß an in der Seniorenproblematik bauen.

Wir erleben in den Kommunen jetzt vermehrt, dass sich Seniorinnen und Senioren auf sogenannten Seniorenmesse darstellen. Sie präsentieren da ihre sportlichen Aktivitäten, sie präsentieren ihr Engagement in der Gesellschaft, ihre Freizeitgestaltung in Chören, in Seniorentheatern, in Bastelkreisen. Sie haben eigene Begegnungsstätten. Sie machen darauf aufmerksam, dass sie eine aktive Rolle in unserer Gesellschaft spielen wollen und tatsächlich auch spielen. Sie gestalten eine Seniorenzeitung, werden von Wohlfahrtsverbänden, auch von den Kommunen unterstützt. Es ist eine Frage der Wahrnehmung, es ist die Frage, wie wir als die Generation der Entscheider - dazu zähle ich mich auch wieder - die Senioren in ihrer Situation und mit ihren Potenzialen tatsächlich auch anerkennen.

Ich finde es hervorragend, dass wir die Diskussion des Jugendberichts und des Altenberichts zusammen durchführen. Es setzt noch einen drauf, dass wir das zusammen mit dem Engagementbericht diskutieren.

Miteinander kommunizieren

Diese drei Dinge gehören unausweichlich zusammen, wenn man eine gesunde Gesellschaft denkt. „Die Jungen und die Alten müssen fest zusammenhalten“ war in meiner Kinderzeit ein Hit, und daran hat sich wahrscheinlich nichts geändert. Es gilt, in einer sich immer mehr diversifizierenden Gesellschaft, in einer Gesellschaft, in der die Kommunikationsstrukturen sich völlig verändert haben - ich denke nur an das Internet und die Möglichkeit der älteren Generation, damit zu kommunizieren -, neue Wege zu finden. Wie schaffen wir es, dass die Jungen und die Alten ausreichend und in einer produktiven Weise miteinander kommunizieren können?

Wir dürfen nicht auf die Erfahrungen der Alten verzichten. Sie bringen etwas aus ihrer Lebensgeschichte mit, was die junge Generation nicht mehr haben kann. Ich denke nur an das Erleben von Armut, Not, Krieg und Aufbau. Wir haben schon öfter gemerkt: Wenn junge Menschen solche Erfahrungen nicht mehr haben, sind

sie geneigt, die Welt, die Umwelt und die Zukunft aus ganz anderer Perspektive zu bedenken, und sie kommen dementsprechend zu bestimmten Entscheidungen. Kontinuität von historischer Erfahrung und Innovation in der Zukunft kommen eigentlich nur durch einen gesunden Austausch zwischen den Generationen zustande. Unsere Aufgabe als Politiker wäre es, Strukturen, Möglichkeiten genau dafür zu finden und die Bedingungen dafür zu fördern.

Mehrgenerationenhäuser

Wir machen vieles. Wir haben in der letzten Periode 130 Millionen Euro mehr für die „Soziale Stadt“ ausgegeben - zusätzlich zu den 700 Millionen Euro, die wir für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen. Wir haben die Projekte der Mehrgenerationenhäuser verstetigt. Aus Modellprojekten wurden ständige Einrichtungen - und das alles, weil wir erkannt haben: Wir brauchen auch Strukturen für den Austausch der Generationen und für ihr Zusammenwirken.

Aber wir dürfen nicht in die Gefahr geraten, die alten Menschen lediglich als Objekte unserer guten Versorgung zu betrachten. Wir wollen ihnen auch die Möglichkeit des Engagements geben. Wir müssen den alten Menschen deutlich machen, nicht nur verbal, sondern auch durch Strukturen und durch

Fortsetzung: Die Jungen und die Alten...

die Organisation unseres Zusammenlebens, dass wir sie brauchen, dass sie unverzichtbar sind. Entsprechend den Möglichkeiten, die ältere Menschen haben - sie sind an Orte gebunden, sie sind an bestimmte Kommunikationsformen gebunden -, müssen wir ihnen die Dinge erleichtern. Wir müssen es schaffen, dass wir im Gespräch bleiben.

Großeltern oft der Anker

Wir haben viele Leistungen von alten Menschen immer wieder auch öffentlich herausgestellt. Es ist beachtlich, was gerade die Generation der Großeltern heute für den Zusammenhalt von Familien leistet! In Patchworkfamilien sind Großeltern oft der Anker und ein Garant dafür, dass in einer sich ständig wandelnden Welt Kinder noch ein Stückchen Heimat erleben. Wenn all das, was die Großeltern da an Zeit, an Engagement und auch an Geld hineinstecken, wegfallen würde, wäre mir bange um den Zu-

sammenhalt dieser Gesellschaft. Diese Leistung darf nicht nur individualisiert gesehen werden. Vielmehr muss sie im Zusammenhang mit unserer gesamtgesellschaftlichen Situation und Entwicklung hervorgehoben werden.

Die Frage ist ja nicht nur, welche Möglichkeiten wir jungen Menschen geben, sich an Entscheidungen in der Kommune zu beteiligen. Vielmehr hat der Altenbericht ja auch darauf verwiesen: Die Lebensorte der älteren Menschen sind vorwiegend in den Kommunen. Hier tragen wir eine große Verantwortung. Die Frage ist daher: Wie geben wir älteren Menschen die Möglichkeit der Beteiligung an Entscheidungen in den Kommunen bei einer wachsenden Abhängigkeit von Ort, Gelegenheit und Kommunikationsform? Darüber müssen wir nachdenken. Das müssen wir fördern. Das alles ist in unserem eigenen Interesse. Es ist ein

gemeinsamer Weg, den wir gehen.

Wer rastet, der rostet

Die Erfahrungen von Medizinern und Verhaltensforschern zeigen, dass ein höheres Lebensalter gerade dann gut und lebenswert sein kann, wenn Menschen beteiligt werden, wenn sie sich in Rahmen der Möglichkeiten, die sie haben, engagieren können. Darauf müssen wir unser Augenmerk legen. Wer rastet, der rostet. Das merken wir auch selber immer wieder - eine alte kollektive Erfahrung.

In der kommenden Legislaturperiode müssen wir genau da weiterdenken. Es geht nicht immer nur um konkrete Maßnahmen, sondern auch darum, das Ganze miteinander, mit Alt und Jung, zusammenzudenken. Ich meine dabei nicht nur die politische Bühne, wo wir von Maßnahme zu Maßnahme rutschen und denken: Dann haben wir es geschafft.



CDU-Schöneiche zu Besuch im Deutschen Bundestag.

Podiumsdiskussion mit Entwicklungsminister Müller



Nina Soloshenko, Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller, Julia Anjuna Windus und Anton Huth (von links)

Bei der Podiumsdiskussion „Europa – was tun mit deinen Flüchtlingen“ am Dienstag (13.6.2017) mit Bundesentwicklungsminister Gert Müller wurde hitzig diskutiert. Zusammen mit der Europauniversität Viadrina hatte ich neben dem Minister drei junge Repräsentierende aus Universität, Schule und dem Europäischen Freiwilligendienst eingeladen.

Gert Müller betonte den Abend hindurch, dass es für die Probleme in den Entwicklungsländern Lösungen gibt, die jedoch die Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft brauchen. Dann könnten die Menschen in ihrer Heimat bleiben und sähen Europa nicht als beste Überlebenschance. Müller erinnerte daran, dass Staaten zwar Gelder zusagten, diese aber zu selten auch zahlten. Stattdessen müsse man „bei jeder Naturkatastrophe erst mit dem Klingelbeutel durch die Staaten“ gehen oder habe keine ausreichenden Mittel für humanitäre Katastrophen wie in

der nordirakischen Stadt Mossul.

Die Prioritätensetzung der Staatenbudgets kritisierte auch Anton Huth, der auf das Gymnasium Bernhardinum in Fürstenwalde geht. Es sei unverständlich, warum so viel Geld in Verteidigung und Rüstungsexporte fließe und nicht genügend in Entwicklung. Auch Müller sah die steigenden Rüstungsausgaben kritisch, da mehr Panzer nicht mehr Frieden schaffen.

Der Bundesminister hob auch den entscheidenden Einfluss der Privatwirtschaft hervor. Wissen, Ressourcen und Technik seien bei den Unternehmen vorhanden, es fehle aber an Präsenz vor Ort, auch in Krisengebieten. Dafür muss es laut Müller vor Ort mehr Rechtsicherheit, Einhaltung der Menschenrechte und eine verbesserte Infrastruktur geben. Wenn es Arbeitsmöglichkeiten in den Heimatstaaten gebe, blieben die Menschen lieber dort. Hier soll die G20-Initiative

„Compact with Africa“ ansetzen, die ausgewählte Staaten in Afrika besonders unterstützt.

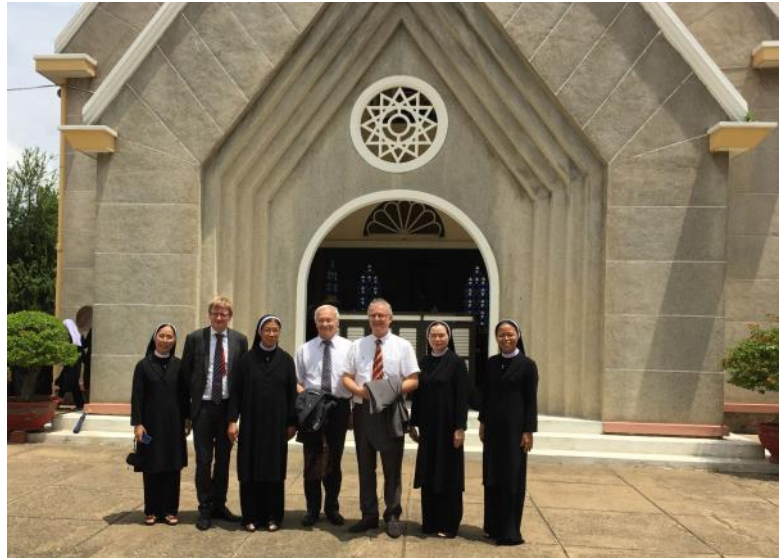
Nina Soloshenko aus der Ukraine, die in Frankfurt (Oder) ihr Europäisches Freiwilligenjahr macht, erinnerte daran, dass die Problematik der ausreichenden Bezahlung bereits in ihrer Heimat beginnt. Sie plädierte daher an den einzelnen Menschen und für fairen Handel. Es gebe viele Produkte, bei denen sich jeder Mensch beim Einkauf mit kleinen Beträgen für die gerechte Bezahlung der Produzenten vor Ort einsetzen könne. Dies sei ein kleiner Schritt hier in Deutschland, aber ein großer Unterschied vor Ort.

Auch Müller unterstützt diesen Kurs, da der deutsche Wohlstand von den Ressourcen anderer Länder abhängt. Verbindliche Regeln für globale Güter sollten ausgebaut werden, da sie zu Entwicklungssprüngen in den Produktionsländern führten und bessere Lebensgrundlagen schaffen würden.

Vietnam verweigerte Besuch bei inhaftiertem Menschenrechtler

Mit ausdrücklicher Unterstützung des Deutschen Bundestages habe ich zusammen mit meinem Bundestagskollegen Philipp Lengsfeld als Vertreter des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Juni 2017 die Volksrepublik Vietnam besucht. Kernanliegen war die Unterstützung von Menschenrechtsaktivisten, für die wir uns u.a. im Rahmen des Programms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ des Deutschen Bundestags einsetzen und Solidarität üben. Mein Kollege Lengsfeld unterstützt den Rechtsanwalt Le Quoc Quan, der inzwischen aus der Haft entlassen ist, aber nach wie vor unter dem Druck der Behörden steht. Ich persönlich setze mich für den Blogger Nguyen Huu Vinh ein, der nach wie vor im Gefängnis sitzt.

Im Rahmen des Besuches war es uns gelungen, die Haftanstalt zu besuchen, in der Nguyen Huu Vinh inhaftiert ist, was für mich von großer Bedeutung war. Im Gespräch mit der Leitung des Gefängnisses haben wir die nötige Gleichbehandlung



von „regulären“ und politischen Gefangenen deutlich unterstrichen. Ein direkter Besuch der Inhaftierten wurde von den vietnamesischen Stellen nicht genehmigt.

Gespräche mit den Angehörigen der Inhaftierten waren nur in Teilen möglich. In Vietnam stehen auch die Familienangehörigen von politischen Gefangenen unter hohem Druck durch staatliche Stellen und durch sogenannte "besorgte" oder „wütende Bürger“.

In Gesprächen mit Vertretern von Glaubensgemeinschaften und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie durch unse-

ren Besuch im Nonnenkloster informierten wir uns über die Menschenrechtssituation in Vietnam im Allgemeinen. Hierzu gehörten Fragen zu Fällen von Folter und ungeklärten Todesfällen in Untersuchungshaft sowie die Situation nicht staatlich registrierter Glaubensgemeinschaften. Die Gespräche machten einmal mehr deutlich, wie der Gesellschaft wertvolles Engagement verloren geht, wenn die Regierung solches aus Sorge oder Angst unterdrückt.

Philipp Lengsfeld und ich sind der vietnamesischen Regierung und den Behörden dankbar für die Möglichkeit des Gefängnisbesuchs und der von der Umweltkatastrophe besonders betroffenen Provinz. Gleichzeitig muss ich mein Unbehagen über die nach wie vor teils massiven Schwächen der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik Vietnam ausdrücken. Ich bedaure es ausdrücklich, dass ich den inhaftierten Blogger Nguyen Huu Vinh nicht habe treffen dürfen.



Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Amei Stock

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030/227 71440

Fax 030/227 76439

martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)

Tel. 0335/276 294 36

Fax 0335/276 294 37

martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt

Tel. 0335/276 294 36

Fax 0335/276 294 37

geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Reformgesetz für den „Zukunftsberuf“ Pflege

Eine der in den nächsten Jahren gesellschaftspolitisch wichtigsten Aufgaben ist es den „Zukunftsberuf“ Pflege attraktiver zu gestalten, der gesellschaftlichen Entwicklung anzupassen und auf die Überschneidung der Aufgaben in den Pflegeberufen zu reagieren.

So steigen in den Pflegeheimen der medizinische Behandlungsbedarf und in den Krankenhäusern der Anteil älterer, demenziell erkrankter Patienten, deren adäquate Behandlung nur durch Kenntnisse in der Altenpflege gewährleistet werden kann.

Hinzu kommt, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit rund 2,8 Millionen bis

2030 auf 3,5 Millionen erhöhen wird. Besonders in der Langzeitpflege bedarf es eines Anstiegs der in der Pflege tätigen Menschen, um die Fachkräftebasis durch qualifizierte und motivierte Ausgebildete sichern zu können.

Um die Attraktivität der Pflegeberufe zu erhöhen, habe ich mich besonders dafür eingesetzt, dass noch in dieser Legislaturperiode ein Pflegeberufsreformgesetz verabschiedet wird, welches die Berufsausbildungen Kinder-, Kranken-, und Altenpflege zusammenführt. Dieser neue Ansatz sieht vor, die Auszubildenden nach einer zweijährigen gemeinsamen Grundausbildung selbst entscheiden zu lassen, ob sie Genera-

listen bleiben oder sich aber durch ein abschließendes drittes Jahr in der Kinder-, Kranken- oder Altenpflege spezialisieren. Zum einen wird hierdurch in Zukunft ein universeller Einsatz in allen Arbeitsfeldern der Pflege gewährleistet, und zum anderen die Karrierechancen im Pflegebereich sowie die Entlohnung der in der Pflege tätigen Menschen erhöht.

Ich freue mich, dass das Gesetz zur Reform der Pflegeberufe am 22. Juni 2017 vom Bundestag beschlossen wurde und 2018 der erste Ausbildungsgang als Testlauf bis 2020 beginnen wird.

Herausforderung Zwei-Staaten-Lösung Israel

In der öffentlichen Anhörung des Menschenrechtsausschusses beurteilten die geladenen Experten die Menschenrechtssituation in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten disparat.

Die Menschenrechtsverletzungen bei der Besetzung des Gazastreifens und die Lage in den israelisch besetzten Gebieten im Westjordanland wurden markiert. Aber auch die

andauernden Terrorakte gegen die israelische Bevölkerung, die permanente Angst und das Leid der Israelis dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

Die Diskussion polarisierte sich sehr schnell in die Kontroverse um die Zwei-Staaten-Lösung. Diese, auch für mich einzig mögliche Lösung im Konfliktgebiet, bleibt die große Herausforderung, der insbesondere die einzi-

ge Demokratie in der Region, Israel, zustimmen müsste.

Unsere Aufgabe bleibt es, Israel bei der Sicherung seines Existenzrechts zu unterstützen und deshalb unsere, sei es auch gelegentlich kontroverse, Auffassung für eine dauerhafte Friedensreglung in der Region in die Diskussion einzubringen.